



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 26. Juli 2021  
(OR. en)

10341/21  
ADD 21

JAI 812  
FREMP 202  
AG 61  
POLGEN 127

## ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

Absender: Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 22. Juli 2021

Empfänger: Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

---

Nr. Komm.dok.: SWD(2021) 721 final

---

Betr.: ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden Begleitunterlage zur MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2021) 721 final.

---

Anl.: SWD(2021) 721 final



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 20.7.2021  
SWD(2021) 721 final

**ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**

**Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021  
Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden**

*Begleitunterlage zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021  
Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union**

{COM(2021) 700 final} - {SWD(2021) 701 final} - {SWD(2021) 702 final} -  
{SWD(2021) 703 final} - {SWD(2021) 704 final} - {SWD(2021) 705 final} -  
{SWD(2021) 706 final} - {SWD(2021) 707 final} - {SWD(2021) 708 final} -  
{SWD(2021) 709 final} - {SWD(2021) 710 final} - {SWD(2021) 711 final} -  
{SWD(2021) 712 final} - {SWD(2021) 713 final} - {SWD(2021) 714 final} -  
{SWD(2021) 715 final} - {SWD(2021) 716 final} - {SWD(2021) 717 final} -  
{SWD(2021) 718 final} - {SWD(2021) 719 final} - {SWD(2021) 720 final} -  
{SWD(2021) 722 final} - {SWD(2021) 723 final} - {SWD(2021) 724 final} -  
{SWD(2021) 725 final} - {SWD(2021) 726 final} - {SWD(2021) 727 final}

DE

DE

## ZUSAMMENFASSUNG

Das niederländische Justizsystem zeichnet sich weiterhin dadurch aus, dass die Unabhängigkeit der Justiz als sehr hoch wahrgenommen wird und nach wie vor ein besonderes Augenmerk auf der Verbesserung der Qualität der Justiz liegt. Mehrere Initiativen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Justiz werden derzeit vorangetrieben, etwa die Verfassungsänderung zur Neuregelung des Ernennungsverfahrens für Richter des Obersten Gerichtshofs. Was die Qualität der Justiz anbelangt, so ist die Entwicklung kleinerer Projekte zur Anhebung der Qualität in eine neue Phase der Umsetzung von Initiativen in größerem Maßstab eingetreten. Die Anstrengungen, den Grad der Digitalisierung in der Zivil-, Verwaltungs- und Strafjustiz zu verbessern, werden fortgeführt und wurden die durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt. Es bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich der angemessenen Finanzierung des aktuellen Systems für Prozesskostenhilfe, dessen Reform bis zum Jahr 2025 abgeschlossen sein soll. Insgesamt arbeitet das Justizsystem weiterhin effizient, obwohl es aufgrund der COVID-19-Pandemie zu einem Rückstand für die Jahre 2020 und 2021 gekommen ist.

Wie im vergangenen Jahr werden die Niederlande in der EU und weltweit weiterhin als eines der Länder mit der geringsten Korruption wahrgenommen. Integrität ist ein zentrales Element des Rahmens für die öffentliche Verwaltung. Im Jahr 2020 wurde ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der staatsgefährdenden organisierten Kriminalität eingeleitet, das auch einen ganzheitlichen Ansatz zur Prävention, Aufdeckung und Bestrafung von Korruption umfasst, nachdem Ermittlungen ergeben hatten, dass Kriminelle aktiv versuchen, unzulässigen Einfluss auf Beamte zu nehmen. Die Kapazitäten der Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei und der Staatsanwaltschaft wurden durch zusätzliche Mittel gestärkt. Im Oktober 2020 wurden neue Rechtsvorschriften zur Ausweitung der Sicherheitsüberprüfungen von Polizeibeamten und externen Beratern verabschiedet. Weitere Rechtsvorschriften zur Stärkung der Integrität gewählter und ernannter Amtsträger sollen bis März 2022 umgesetzt werden. Bedenken bestehen nach wie vor hinsichtlich des Integritätsrahmens, der für oberste Exekutivfunktionen im öffentlichen Sektor gilt, sowie bezüglich Lobbyarbeit, des Drehtüreffekts und der Transparenz der Parteienfinanzierung.

Die Niederlande verfügen nach wie vor über ein hohes Maß an Medienfreiheit. Die Behörden unterstützen durch Mittel aus dem Förderfonds für Journalisten weiterhin den unabhängigen Journalismus, und während der COVID-19-Pandemie wurde ein zusätzlicher befristeter Fonds für lokale Medien eingerichtet. Die unabhängige Regulierungsbehörde für audiovisuelle Medien berichtet regelmäßig über die Eigentumsstrukturen der Medien. Es besteht jedoch Spielraum für eine umfassendere Offenlegung solcher Strukturen gegenüber der Öffentlichkeit. Der Rechtsrahmen für den Zugang zu Informationen wird derzeit geändert, um die Transparenz der Regierung zu verbessern und öffentliche Informationen besser zugänglich zu machen, nachdem über viele Verzögerungen und unvollständige Antworten berichtet wurde. Die Ermordung eines Investigativjournalisten, die derzeit untersucht wird, und zunehmende Bedrohungen machen deutlich, wie wichtig Initiativen wie „PersVeilig“ sind, die Journalisten dabei helfen, Bedrohungen zu melden und damit umzugehen.

Nach einem parlamentarischen Untersuchungsbericht über die Umsetzung des Kindergeldsystems, in dem festgestellt wurde, dass die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten wurden, finden ausführliche Debatten und Überlegungen über das

ordnungsgemäße Funktionieren des Systems der Gewaltenteilung statt. Derzeit werden Folgemaßnahmen und Untersuchungen in Betracht gezogen oder sind im Gange. Die COVID-19-Pandemie steht weiterhin ganz oben auf der Agenda für den legislativen und justiziellen Bereich, insbesondere mit einem Gesetz, das verabschiedet wurde, um eine solidere Rechtsgrundlage für COVID-19-Maßnahmen zu bieten, und mit prominenten COVID-19-Maßnahmen, die vor Gericht angefochten werden. Unabhängige Behörden spielen weiterhin eine wichtige Rolle im System der Gewaltenteilung, auch im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte. Das Umfeld für die Zivilgesellschaft ist nach wie vor offen, auch wenn es einige Fragen im Zusammenhang mit neuen Gesetzentwürfen zur Transparenz und zur Ausweitung der Möglichkeiten zum Verbot sogenannter „radikaler Organisationen“ gab.

## **I. JUSTIZSYSTEM**

Das Justizsystem umfasst elf Bezirksgerichte, vier allgemeine Berufungsgerichte, zwei Fachgerichte<sup>1</sup>, den Staatsrat<sup>2</sup> und den Obersten Gerichtshof. Der unabhängige Rat für Rechtsprechung spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz und hat die Aufgabe, ihre Qualität zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist er auch für die Zuweisung von Finanzmitteln an die Gerichte zuständig.<sup>3</sup> Die Richteramtsanwärter werden vom nationalen Richterwahlausschuss<sup>4</sup> ausgewählt. Anschließend werden die Richter von der Exekutive<sup>5</sup> auf Vorschlag des Justizministers auf Lebenszeit ernannt.<sup>6</sup> Die Staatsanwaltschaft ist nicht Teil des Ministeriums für Justiz und Sicherheit, fällt jedoch in die politische Verantwortung des Justizministers. Die Rechtsanwaltskammer wurde per Gesetz errichtet. Sie ist von der Regierung unabhängig und wird ausschließlich durch die Jahresbeiträge der Rechtsanwälte finanziert.<sup>7</sup> Die Niederlande beteiligen sich an der Europäischen Staatsanwaltschaft.

### **Unabhängigkeit**

**Der Grad der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz ist nach wie vor sehr hoch.** 77 % der Bevölkerung halten den Grad an Unabhängigkeit der Gerichte und Richter für „eher gut oder sehr gut“; 82 % der Unternehmen sehen das ebenso.<sup>8</sup> Dieser Grad der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz war in den letzten Jahren sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch bei den Unternehmen durchweg hoch.<sup>9</sup>

**Es wurden weitere Schritte zur Vorbereitung der Verfassungsänderung unternommen, um das Ernennungsverfahren für Richter des Obersten Gerichtshofs zu ändern.**<sup>10</sup> Im Dezember 2020 legte die Regierung dem Staatsrat einen Entwurf der Verfassungsänderung zur Stellungnahme vor, mit welcher das Ernennungsverfahren für Richter des Obersten Gerichtshofs geändert werden soll. Ziel der geplanten Reform ist es, die Beteiligung von Exekutive und Legislative an der Ernennung von Richtern des Obersten Gerichtshofs im

---

<sup>1</sup> Das Zentrale Berufungsgericht und das Berufungsgericht für Wirtschaftssachen.

<sup>2</sup> Die Abteilung Verwaltungsrechtsprechung des Staatsrats stellt in bestimmten Bereichen das höchste Verwaltungsgericht dar. Die Abteilung Beratung des Staatsrats gibt Gutachten zu Gesetzentwürfen ab.

<sup>3</sup> Gerichtsverfassungsgesetz.

<sup>4</sup> Im nationalen Richterwahlausschuss sind sechs Richter und sechs nichtrichterliche Mitglieder vertreten, darunter mindestens ein Staatsanwalt und ein Rechtsanwalt.

<sup>5</sup> Der Ernennungsbeschluss ergeht durch einen königlichen Erlass, der vom König unterzeichnet und vom Minister für Justiz und Sicherheit gegengezeichnet wird. Der Minister prüft lediglich, ob der Richteramtsanwärter die rechtlichen Voraussetzungen für die Ernennung erfüllt. Bislang ist der Minister in allen Fällen der Empfehlung des Rats für Rechtsprechung gefolgt.

<sup>6</sup> Gesetz über den Rechtsstatus der Richter und Staatsanwälte; Der Rat für Rechtsprechung hat dies an den nationalen Richterwahlausschuss delegiert, der sich aus Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten, Vertretern der öffentlichen Verwaltung und Wissenschaftlern zusammensetzt. Der Minister für Justiz und Sicherheit ist in allen Fällen der Empfehlung des Rates für Rechtsprechung gefolgt.

<sup>7</sup> Rechtsanwaltsgesetz.

<sup>8</sup> EU-Justizbarometer 2021 Schaubilder 48 und 50. Der Grad der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz wird wie folgt aufgegliedert: sehr niedrig (weniger als 30 % der Befragten halten die Unabhängigkeit der Justiz für eher gut und sehr gut); gering (zwischen 30 und 39 %), durchschnittlich (zwischen 40 und 59 %), hoch (zwischen 60 und 75 %), sehr hoch (über 75 %).

<sup>9</sup> EU-Justizbarometer 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021.

<sup>10</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 3.

Einklang mit den Empfehlungen des Europarats weiter einzuschränken.<sup>11</sup> Nach einer Online-Konsultation zu einem Gesetzentwurf, der auf der Empfehlung der unabhängigen staatlichen Kommission für das parlamentarische System in den Niederlanden beruhte<sup>12</sup>, wurden einige Änderungen am Entwurf vorgenommen. Die Stellungnahme des Staatsrats wird veröffentlicht, wenn der Vorschlag dem Parlament übermittelt wird.

**Bei der Überarbeitung der Verfahren zur Ernennung der Mitglieder des Rats für Rechtsprechung und der Leitungsgremien der Gerichte sind Fortschritte zu verzeichnen.** Auf Ersuchen des Ministers für Rechtsschutz vom Februar 2020<sup>13</sup> legte der Staatsrat am 23. September 2020 sein Gutachten zu einer möglichen Änderung der Ernennungsverfahren für die Mitglieder des Rats für Rechtsprechung und der Leitungsgremien der Gerichte vor. Der Staatsrat kam zwar zu dem Schluss, dass die derzeitigen Ernennungsverfahren für den Rat für Rechtsprechung und die Leitungsgremien der Gerichte mit dem Erfordernis der Unabhängigkeit der Justiz im Einklang stehen, empfahl jedoch zu prüfen, wie die Beteiligung von Richtern und Gerichtsbediensteten an den Ernennungsverfahren für Leitungsgremien der Gerichte erhöht werden könnte. Im Anschluss an eine Einigung zwischen dem Rat für Rechtsprechung, dem Richterverband<sup>14</sup> und anderen Vertretern der Justiz hat der Rat für Rechtsprechung ein neues Ernennungsverfahren für die Mitglieder der Leitungsgremien der Gerichte für das Jahr 2021 und einen Teil des Jahres 2022 eingeführt.<sup>15</sup> Ziel der Vereinbarung ist es, Richtern einen größeren Einfluss auf die Ernennung der Mitglieder der Leitungsgremien der Gerichte zu verschaffen, insbesondere durch die Einrichtung eines Ausschusses, der sich aus vier Richtern, zwei Mitgliedern des Leitungsgremiums des Gerichts und zwei Gerichtsbeamten zusammensetzt, die Kandidaten befragen und einen Kandidaten für die Ernennung zum Mitglied des Rats für Rechtsprechung vorschlagen. Bei Stimmgleichheit verfügen die vier Richter über die entscheidende Stimme. Darüber hinaus wird der Rat für Rechtsprechung im Sommer 2021 mit dem Richterverband und anderen Vertretern der Justiz Beratungen über eine mögliche Überarbeitung des Ernennungsverfahrens für Mitglieder des Rats aufnehmen.<sup>16</sup> Ziel dieser Bemühungen ist es, den Einfluss von Exekutive und Legislative auf die Ernennung der Mitglieder des Rats für Rechtsprechung in Einklang mit den Empfehlungen des Europarats weiter einzuschränken.<sup>17</sup>

## Qualität

**Die Reform des Systems der Prozesskostenhilfe stützt sich auf die Ergebnisse einer Reihe von Pilotprojekten.** Die Reform des Systems der Prozesskostenhilfe<sup>18</sup> soll nun bis

---

<sup>11</sup> Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees des Europarats, Rn. 47.

<sup>12</sup> Eine ausführliche Beschreibung des Inhalts des Vorschlags findet sich im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 4.

<sup>13</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 3.

<sup>14</sup> Nederlandse Vereniging voor Rechtspraak (Niederländische Vereinigung für das Justizwesen).

<sup>15</sup> Nederlandse Vereniging voor Rechtspraak, Dossier: nieuwe procedure bestuursbenoemingen rechtspraak (Niederländische Vereinigung für das Justizwesen, Dossier: Neues Verfahren für die Ernennung von leitenden Funktionen im Justizwesen), 16. März 2021.

<sup>16</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden S. 3.

<sup>17</sup> Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees des Europarats, Rn. 27, 46 und 47.

<sup>18</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 5.

2025<sup>19</sup> abgeschlossen sein und wird mit einer Reihe von Pilotprojekten beginnen, mit denen bewährte Verfahren zur Vorbereitung weiterer Gesetzesreformen gesammelt werden sollen. In Bezug auf das derzeitige System der Prozesskostenhilfe bestehen nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit der verfügbaren Mittel.<sup>20</sup>

**Die Digitalisierungsanstrengungen für die Zivil-, Verwaltungs- und Strafrecht werden fortgesetzt und durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt.** Bei der Digitalisierung des Justizsystems gibt es noch Raum für Verbesserungen<sup>21</sup>, insbesondere im Hinblick auf die Online-Veröffentlichung von Urteilen<sup>22</sup> und die Verfügbarkeit digitaler Lösungen für die Einleitung und Verfolgung von Gerichtsverfahren, und diese Probleme sollen mit mehreren Initiativen angegangen werden<sup>23</sup>. Was die Strafrecht angeht, so arbeiten das Justizwesen und die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit anderen Interessenträgern des Justizwesens einen digitalen Plan aus. Im Bereich der Zivil- und Verwaltungsjustiz konzentriert sich ein neues Digitalisierungsprogramm auf den digitalen Zugang zur Justiz für Bürger und Angehörige der Rechtsberufe.<sup>24</sup> Die rechtlichen Verfahren werden schrittweise digitalisiert, angefangen mit nationalen Steuersachen und Beschlagnahmeanträgen, und die Digitalisierung soll dann auf andere Rechtsbereiche ausgedehnt werden. Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie hat der Rat für Rechtsprechung neue Vorschriften für die Organisation von Gerichtsverhandlungen aus der Ferne angenommen, die es den Gerichten ermöglichen, ihre Arbeit fortzusetzen. Die aktuellen Vorschriften gelten bis zum 1. August 2021 und können erforderlichenfalls verlängert werden, um die Funktionsfähigkeit der Gerichte zu gewährleisten.

**Das Gesetz über Versuchsvorhaben in der Rechtspflege wird die Durchführung von Pilotprojekten zur Rechtsprechung in größerem Maßstab ermöglichen.** Nachdem im Rahmen des Programms „Sozial wirksame Justiz“<sup>25</sup> bereits zahlreiche Pilotprojekte zur Qualität der Justiz durchgeführt wurden, wird das erwartete Inkrafttreten des Gesetzes über Versuchsvorhaben in der Rechtspflege<sup>26</sup> im Sommer 2021 die Einführung von Projekten von hoher Qualität in größerem Maßstab ermöglichen. Zu solchen Qualitätsprojekten zählt beispielsweise die Einführung eines „Schuldenrichters“, mit dem die Wirksamkeit von Urteilen erhöht werden soll, indem alle Fälle eines einzelnen Schuldners gleichzeitig behandelt werden. Dieser Ansatz, Pilotprojekte in kleinem Maßstab zu erproben und

---

<sup>19</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>20</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen, siehe auch Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (2019) und Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 5.

<sup>21</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 5.

<sup>22</sup> Die derzeit noch unter 5 % liegt.

<sup>23</sup> EU-Justizbarometer 2021 Schaubild 44. Der Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz wird wie folgt eingestuft: sehr niedrig (weniger als 30 % der Befragten halten die Unabhängigkeit der Justiz für eher gut und sehr gut); gering (zwischen 30-39 %), durchschnittlich (zwischen 40-59 %), hoch (zwischen 60-75 %), sehr hoch (mehr als 75 %).

<sup>24</sup> Basisplan reset digitalisering civiel en bestuur (Grundlegende Neuplanung der Digitalisierung im Zivil- und Verwaltungsbereich).

<sup>25</sup> Maatschappelijk effectieve rechtspraak (Sozial wirksame Justiz), siehe auch Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 6.

<sup>26</sup> Experimentenwet rechtspleging (Gesetz über Versuchsvorhaben in der Rechtspflege).

anschließend in größerem Maßstab umzusetzen, kann innovative Ideen zur Förderung der Qualität des Justizsystems liefern.<sup>27</sup>

## **Effizienz**

**Die COVID-19-Pandemie hat sich auf die Effizienz des Justizsystems ausgewirkt.** Die COVID-19-Pandemie hat zu einem Anstieg des Rückstands anhängiger Gerichtsverfahren in den Jahren 2020 und 2021 geführt, insbesondere bei Strafsachen.<sup>28</sup> Der Rat für Rechtsprechung und die Leitungsgremien der Gerichte haben spezifische Maßnahmen ergriffen, um diesen Folgen zu begegnen, wie etwa die Verbesserung der Videokonferenzmöglichkeiten für Gerichtsverhandlungen, die Ernennung von Richtern im Ruhestand als Ersatzrichter und häufigere Inanspruchnahme von Einzelkammern. Ziel ist es, den Rückstand, der durch die COVID-19-Pandemie im Strafrechtssystem entstanden ist, bis Ende 2021 zu beseitigen.<sup>29</sup> Im Rahmen dieses Ansatzes macht die Staatsanwaltschaft weiterhin von ihrer Befugnis Gebrauch, selbst über bestimmte Strafsachen zu entscheiden.<sup>30</sup> Aufgrund der von der niederländischen Rechtsanwaltskammer und Parlamentsmitgliedern geäußerten Bedenken kündigte der Minister für Rechtsschutz im November 2020 an, dass Verdächtigen eine kostenlose Beratung mit einem Rechtsanwalt gewährt werde. Dies wurde am 1. April 2021 für eine Reihe von Fällen eingeleitet und wird schrittweise auf alle anderen Fälle ausgedehnt.<sup>31</sup> Da die Ausübung dieser Befugnisse durch die Staatsanwaltschaft Auswirkungen auf das Recht auf ein faires Verfahren haben kann, insbesondere wenn die Bürger nicht angemessen informiert sind<sup>32</sup>, ist die Bereitstellung einer unentgeltlichen Rechtsberatung in solchen Fällen von besonderer Bedeutung.

**Das Justizsystem ist nach wie vor durch ein hohes Maß an Effizienz in erster Instanz gekennzeichnet, obwohl Beschwerdeverfahren relativ langwierig sind.**<sup>33</sup> Die Effizienz des Justizsystems war in den letzten Jahren insgesamt hoch.<sup>34</sup> Die Dauer der erstinstanzlichen Verfahren in Zivil- und Handelsachen ist kurz und betrug im Jahr 2019 rund 100 Tage.<sup>35</sup> Dagegen sind die Zivil- und Handelsverfahren in dritter Instanz mit durchschnittlich 459 Tagen im Jahr 2019 langwierig. Die Verwaltungsjustiz arbeitet in erster Instanz nach wie vor effizient<sup>36</sup>, obwohl die Verfahren in zweiter und dritter Instanz relativ langwierig sind.<sup>37</sup> Während die Verfahrensabschlussquote in erster Instanz insgesamt nach wie vor wirksam ist<sup>38</sup>, ist die Quote für die Beilegung erstinstanzlicher Verwaltungssachen schrittweise auf

---

<sup>27</sup> Die Interessenträger haben jedoch betont, dass das Gesetz nicht dazu führen sollte, dass das reguläre Gesetzgebungsverfahren über die Organisation des Justizsystems umgangen wird.

<sup>28</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>29</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>30</sup> Mit diesen Entscheidungen dürfen keine Freiheitsstrafen verhängt werden; darüber hinaus können sie gerichtlich angefochten werden (siehe auch Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 6).

<sup>31</sup> Antwort des Ministers für Rechtsschutz auf eine parlamentarische Anfrage vom 17. Februar 2021.

<sup>32</sup> Vgl. hierzu: Nationale Ombudsstelle, Die ordnungsgemäße Bereitstellung von Informationen ist die Grundlage für den Zugang zur Justiz – Engpässe bei der Bereitstellung von Informationen über Strafen und Verfahrenseinstellungen.

<sup>33</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden S. 6.

<sup>34</sup> EU-Justizbarometer 2013-2021.

<sup>35</sup> EU-Justizbarometer 2021, Schaubild 6.

<sup>36</sup> EU-Justizbarometer 2021, Schaubild 8.

<sup>37</sup> EU-Justizbarometer 2021, Schaubild 9.

<sup>38</sup> EU-Justizbarometer 2021, Schaubild 10.

94 % im Jahr 2019 gesunken. Dies könnte zu einem gewissen Rückstand in der Verwaltungsjustiz führen, auch wenn die derzeitige Zahl der anhängigen Verfahren überschaubar erscheint.<sup>39</sup> Was die Strafjustiz anbelangt, so konzentriert sich ein neuer Aktionsplan im Anschluss an eine Überprüfung im Jahr 2020 auf die Verbesserung ihrer Effizienz, insbesondere in Fällen von gemeinschaftlich begangenen und schweren Straftaten.<sup>40</sup> Dies kann zwar dazu beitragen, die Effizienz zu fördern und Rückstände abzubauen, doch betonen die Interessenträger, dass solche Initiativen nicht zulasten der Qualität der Justiz gehen sollten.<sup>41</sup>

## **II. RAHMEN FÜR DIE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG**

Für die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsfällen sind mehrere staatliche Stellen zuständig. Die Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei<sup>42</sup> untersucht Fehlverhalten innerhalb der Regierung. Der Steuerfahndungs- und Informationsdienst ist für Ermittlungen im Bereich der Finanzkriminalität zuständig, darunter auch in Fällen von Auslandsbestechung und Bestechung im geschäftlichen Verkehr. Die nationale Staatsanwaltschaft befasst sich insbesondere mit der Inlandsbestechung von Amtsträgern, während das bei der Staatsanwaltschaft angesiedelte Amt für schweren Betrug, Umweltkriminalität und die Einziehung von Vermögenswerten für Ermittlungen in Fällen von Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Auslandsbestechung zuständig ist. Die Meldestelle für Hinweisgeber unterstützt und berät Personen, die Missstände an ihrem Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Sektor melden möchten. Die Zusammenarbeit zwischen spezialisierten Teams für Korruptionsbekämpfung und Erkenntnisgewinnung innerhalb der Strafverfolgungsbehörden wird fortgesetzt. Die Korruptionsbekämpfungsstelle innerhalb des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes spielt eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität und Korruption. Das Parteienfinanzierungsgesetz und Rechtsvorschriften zur Stärkung der Integrität von Mandats- und Amtsträgern auf lokaler und Provinzebene werden derzeit erörtert.

**Experten und Führungskräfte aus der Wirtschaft nehmen die Niederlande weltweit als eines der Länder mit der geringsten Korruption wahr.** Im Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International belegen die Niederlande mit 82 von 100 Punkten in der Europäischen Union Platz 3 und weltweit Platz 8.<sup>43</sup> Diese Wahrnehmung ist in den letzten fünf Jahren<sup>44</sup> relativ stabil geblieben<sup>45</sup>.

---

<sup>39</sup> EU-Justizbarometer 2021, Schaubilder 14 und 15.

<sup>40</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>41</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>42</sup> Als Ermittlungsdienst untersteht die „Rijksrecherche“ der Kontrolle und Leitung durch das Kollegium der Generalstaatsanwälte.

<sup>43</sup> Transparency International (2021), Corruption Perceptions Index 2020 (Korruptionswahrnehmungsindex 2020), S. 2. Die Wahrnehmung der Korruption wird anhand der folgenden Kategorien bewertet: gering (die von Experten und Führungskräften aus der Wirtschaft wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor liegt bei über 79 Punkten), relativ gering (Werte zwischen 79 und 60), relativ hoch (Werte zwischen 59 und 50), hoch (Werte unter 50).

<sup>44</sup> Die für den Vorjahresbericht herangezogenen Eurobarometer-Daten zur der von Bürgern und Unternehmen wahrgenommenen und erlebten Korruption werden alle zwei Jahre aktualisiert. Die jüngsten Datensätze sind das Spezial-Eurobarometer 502 (2020) und das Flash-Eurobarometer 482 (2019).

<sup>45</sup> Im Jahr 2015 lag der Wert bei 84, im Jahr 2020 bei 82 Punkten. Eine erhebliche Verbesserung/Verschlechterung des Wertes ist eine Veränderung um mehr als 5 Punkte; eine

**Nach Fällen der Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität und undichten Stellen in den Strafverfolgungsbehörden wurde die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität verstärkt.**<sup>46</sup> Im Jahr 2020 starteten die Niederlande ein umfassendes Programm zur Bekämpfung staatsgefährdender organisierter Kriminalität, zu der auch die Korruption zählt. Im Ministerium für Justiz und Sicherheit wurde eine Generaldirektion zur Koordinierung des Programms geschaffen. Dies hat zur Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel in diesem Bereich und zur Bildung eines multidisziplinären Einsatzteams geführt.<sup>47</sup>

**Ein Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Wirksamkeit der Bekämpfung staatsgefährdender Kriminalität, einschließlich Korruption, zu stärken.** Ein neues Gesetz zur Stärkung des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung liegt derzeit bei der Zweiten Kammer.<sup>48</sup> Ziel des Gesetzes ist es, die Wirksamkeit des Kampfes gegen staatsgefährdende Kriminalität, einschließlich Korruption, zu erhöhen, indem die Höchststrafen für mehrere staatsgefährdende Straftaten wie die Bedrohung von Amtsträgern erhöht werden. Am 1. Oktober 2020 wurden Verwaltungsanweisungen mit überarbeiteten Leitlinien für die Staatsanwaltschaft zur Ermittlung und Verfolgung von Korruptionsfällen im Ausland<sup>49</sup> und am 4. September 2020 mit Leitlinien für große Zahlungen erlassen, mit denen die rechtliche Aufsicht bestimmter Zahlungen auf eine unabhängige Kommission statt auf den Minister für Justiz und Sicherheit übertragen wurde<sup>50</sup>.

**Der institutionelle Rahmen zur Prävention und Bekämpfung von Korruption ist mit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden nach wie vor solide.** Spezialisierte Korruptionsbekämpfungsteams und Ermittlungsstellen innerhalb des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes und die Staatsanwaltschaft arbeiten bei Ermittlungen zusammen. Die Korruptionsbekämpfungsstelle innerhalb des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes spielt eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität und Korruption. Die Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei soll zusätzliche Mittel erhalten, die sowohl die Ermittlungskapazitäten der Abteilung als auch der Staatsanwaltschaft stärken werden.<sup>51</sup> Durch die Encrochat-Ermittlungen, die wichtige Informationen für die Identifizierung, Ermittlung und Verfolgung krimineller Netzwerke lieferten<sup>52</sup>, wurden ebenfalls Korruptionsvorwürfe innerhalb der Strafverfolgungsbehörden zutage gefördert. Die Ermittlungen ergaben auch, dass Kriminelle aktiv versuchen, Beamte und andere Organisationen zu bestechen.<sup>53</sup> Dies führte zu einer erhöhten Wachsamkeit und einem stärkeren Fokus auf staatsgefährdende Verbrechen und zur Einsetzung eines Korruptionsteams, das nach den Encrochat-Ermittlungen Korruption in der Polizei untersuchen soll. Dieses Team wird von der Abteilung für interne Ermittlungen der

---

Verbesserung/Verschlechterung ist eine Veränderung zwischen 4 und 5 Punkten; eine relativ stabile Bewertung ist eine Veränderung zwischen 1 und 3 Punkten (jeweils bezogen auf die letzten fünf Jahre).

<sup>46</sup> Ein entsprechendes Beispiel sind die Encrochat-Ermittlungen.

<sup>47</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>48</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des strafrechtlichen Ansatzes zur Bekämpfung der staatsgefährdenden Kriminalität.

<sup>49</sup> Anweisung zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung von Korruption im Ausland.

<sup>50</sup> Anweisungen zu Transaktionen mit hohem Betrag. Derzeit werden neue Rechtsvorschriften konsultiert.

<sup>51</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>52</sup> Die Ermittlungen haben bisher unter anderem zur Festnahme von mehr als 100 Verdächtigen geführt. Siehe auch Europol, Dismantling of an Encrypted Network sends Shockwaves through Organised Crime Groups across Europe (Zerschlagung eines verschlüsselten Netzwerks erschüttert Gruppen organisierter Kriminalität in ganz Europa).

<sup>53</sup> Nationale Polizei, Neues Ermittlungsteam für Korruptionsermittlungen: Encrochat.

nationalen Polizei geleitet und von Ermittlern der zentralen Einheit der nationalen Polizei unterstützt.<sup>54</sup> Die Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei trägt auch zur Prävention bei, indem sie auf spezifische Korruptionsrisiken für die von ihr untersuchten öffentlichen Einrichtungen aufmerksam macht. Sie setzt ihr Fachwissen nicht nur für die Durchführung von Untersuchungen, sondern zunehmend auch für die Beratung bei der Bekämpfung und Prävention von Integritätsverletzungen ein.

**Es werden Schritte unternommen, um die Prävention, Aufdeckung und Untersuchung von Korruption innerhalb der Polizei und der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen zu verstärken.** Im Durchschnitt werden der Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei jährlich 50 Fälle von Korruption oder der Weitergabe sensibler Informationen durch Polizeibeamte oder öffentliche Bedienstete vorgelegt. Im Oktober 2020 wurden neue Rechtsvorschriften zur Ausweitung der Sicherheitsüberprüfungen von Polizeibeamten und externen Beratern vor der Aufnahme der Tätigkeit und während der Dienst- bzw. Beschäftigungszeit verabschiedet, die voraussichtlich bis Ende 2021 vollständig umgesetzt sein werden.<sup>55</sup> Die Sicherheitsüberprüfung wird jetzt bei der Polizei eingeführt, und die Intensität der Sicherheitsüberprüfung würde von den mit der Funktion verbundenen Integritätsrisiken abhängen.

**Die Korruptionsbekämpfungsstelle des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes spielt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Korruption und Finanzkriminalität.** Dies gilt insbesondere für Fälle von Bestechung ausländischer Amtsträger und Privatpersonen sowohl intern als auch auf internationaler Ebene. Die Korruptionsbekämpfungsstelle des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes meldete 30 strafrechtliche Ermittlungen wegen Korruption, die derzeit im Zusammenhang mit Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Auslandsbestechung durchgeführt werden.<sup>56</sup> Im Mittelpunkt mehrerer dieser Ermittlungen steht auch die Rolle niederländischer Finanzdienstleister. Die Korruptionsbekämpfungsstelle des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes arbeitete auch mit anderen Behörden wie der Abteilung für interne Ermittlungen der nationalen Polizei zusammen, die Fälle von öffentlicher Korruption bearbeitet. Dieser institutionelle Rahmen, der von der Korruptionsbekämpfungsstelle des Steuerfahndungs- und Informationsdienstes und vom Amt der Staatsanwaltschaft für schweren Betrug, Umweltkriminalität und die Einziehung von Vermögenswerten geschaffen wurde, wurde im vergangenen Jahrzehnt verbessert und von der OECD positiv anerkannt, da die speziellen und spezialisierten Korruptionsbekämpfungsteams in der Lage sind, ausländische Bestechungsfälle zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen.<sup>57</sup>

**Die Zweite Kammer der Generalstaaten nahm 2020 einen Verhaltenskodex an und führte ein System für die Aufsicht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten ein.** Der Verhaltenskodex für die Mitglieder der Zweiten Kammer erfasst Unabhängigkeit, Geschenke, Registrierungen, die Verwendung vertraulicher Informationen und die Geschäftsordnung. Mit einer Verordnung, die am 1. April 2021 in Kraft trat, wurde ein unabhängiges Kollegium eingerichtet, das Beschwerden über die Einhaltung des Verhaltenskodex durch die Mitglieder prüfen und die Zweite Kammer über mögliche

---

<sup>54</sup> Schreiben an das Parlament über die Bewertung von Integritätsuntersuchungen bei der nationalen Polizei.

<sup>55</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>56</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs vom Steuerfahndungs- und Informationsdienst erhaltene Information.

<sup>57</sup> OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung, Phase-4-Überwachungsbericht Niederlande.

Sanktionen beraten soll.<sup>58</sup> Am 30. März 2021 wurden aktualisierte Integritätsleitlinien für Inhaber politischer Ämter, einschließlich Muster für einen Verhaltenskodex für Mandats- und Amtsträger, angenommen.<sup>59</sup>

**Im Parlament werden neue Rechtsvorschriften zur Stärkung der Integrität von Mandats- und Amtsträgern auf lokaler Ebene und Provinzebene erörtert.** Mit dem Gesetzentwurf wird unter anderem ein Verhaltenskodex<sup>60</sup> für Amtsträger als zwingendes Erfordernis auf lokaler Ebene und Provinzebene vorgeschrieben und ein System für die Aufsicht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten eingeführt. Dazu gehört auch eine obligatorische Risikoanalyse der Integrität von Amtsträgern auf lokaler Ebene und auf Provinzebene.<sup>61</sup>

**Die Förderung der Integrität bei der Korruptionsbekämpfung erfolgt über die Plattform zur Korruptionsbekämpfung, die vom Ministerium für Justiz und Sicherheit betrieben wird.** Ziel ist die Förderung des Bewusstseins und gemeinsamer Maßnahmen bei der Bekämpfung der nationalen und internationalen Korruption durch einen wirksameren Austausch von Wissen und Informationen. Die Teilnehmer der Plattform sind Regierungsbedienstete aus verschiedenen Ministerien und Organisationen zur Bekämpfung von Korruption. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnten in den vergangenen 18 Monaten keine Treffen stattfinden. Seit 2020 stellt jedes Ministerium mehr Transparenz bei der Veröffentlichung von Informationen über die intern aufgetretenen Integritätsverstöße mit einer kurzen Beschreibung der Art des Verstoßes und der verhängten Sanktion in Aussicht. Darüber hinaus wird derzeit eine (externe) Untersuchung der Risiken und der Widerstandsfähigkeit von Amtspersonen und nicht-staatlichen Mitarbeitern im Zusammenhang mit staatsgefährdenden Straftaten, insbesondere im Flughafen Schiphol und im Hafen von Rotterdam, durchgeführt. Die Untersuchung sollte aufzeigen, ob die niederländische Politik zur Prävention und Bekämpfung der Korruption in den wichtigsten Häfen ausreichend ist. Die Ergebnisse der Untersuchung werden für das erste Halbjahr 2022 erwartet.

**Es bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich des Integritätsrahmens, der für oberste Exekutivfunktionen im öffentlichen Sektor gilt, insbesondere aufgrund ihres unverbindlichen Charakters.**<sup>62</sup> In den informellen Regeln des Verhaltenskodex für Minister und Staatssekretäre heißt es, dass von ihnen integrires Handeln erwartet wird. Darüber hinaus ist ehemaligen hochrangigen Beamten Lobbyarbeit in ihrem früheren Ministerium untersagt, während ehemalige Minister während zwei Jahren nach ihrem Rücktritt keine Lobbyarbeit für ihr früheres Ministerium betreiben dürfen.<sup>63</sup> Der Rahmen bleibt jedoch recht begrenzt, wie auch die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) in ihrer Bewertung betont,

---

<sup>58</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>59</sup> Leitlinien zur Integrität der politischen Amtsträger in Gemeinden, Provinzen und Wasserwirtschaftsbehörden.

<sup>60</sup> Verhaltenskodex für die Mitglieder der Zweiten Kammer.

<sup>61</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021; das neue Gesetz soll im März 2022 in Kraft treten.

<sup>62</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 10.

<sup>63</sup> Es gibt jedoch Ausnahmen von diesem Verbot, da ehemalige Kabinettsmitglieder, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in der gewerblichen Wirtschaft tätig sind, eine von ihrem früheren Ministerium organisierte Handelsdelegation leiten oder einer solchen angehören können, GRECO, Fünfte Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht, S. 20.

wonach „die wenigen und begrenzten Maßnahmen in den Niederlanden unzureichend erscheinen“<sup>64</sup>. Die Niederlande verfügen seit 2012 über ein freiwilliges und öffentlich zugängliches Lobbyregister für die Zweite Kammer. Das Lobbyregister wird regelmäßig aktualisiert und enthält Informationen über die Liste der Einrichtungen, die Zugang zur Zweiten Kammer beantragen. Um einen festen Zugangsausweis zum Parlament zu erhalten, muss ein Lobbyist als Organisation registriert sein. Es gibt jedoch keinen Überwachungs- oder Durchsetzungsmechanismus in Bezug auf die Kontakte zwischen Lobbyisten und Amtsträgern oder Beamten. In diesem Zusammenhang empfahl die GRECO bezüglich der Kontakte zwischen den obersten Exekutivfunktionen und Lobbyisten, dass für Regeln und Leitlinien sowie für eine größere Transparenz von Kontakten und Themen gesorgt werden sollte.<sup>65</sup>

**Das Parteienfinanzierungsgesetz wird derzeit überarbeitet.** Was die Politikfinanzierung anbelangt, so besteht der Rechtsrahmen aus Gesetzen zur Regulierung von Subventionen, und die Verwaltung politischer Parteien umfasst nicht die Finanzierung politischer Parteien und die Finanzen von Kandidaten auf lokaler Ebene.<sup>66</sup> Das Parteienfinanzierungsgesetz soll durch das Parteiengesetz ersetzt werden, das derzeit vom Parlament geprüft wird. Ziel der überarbeiteten Rechtsvorschriften ist es, die Funktionsweise und Organisation politischer Parteien vor ausländischer Einflussnahme zu schützen.

**Die Evaluierung des Gesetzes über die Meldestelle für Hinweisgeber fand 2020 statt.**<sup>67</sup> Die Meldestelle für Hinweisgeber ist die zentrale Melde- und Ermittlungsstelle, bei der Missstände von Hinweisgebern sowohl aus dem öffentlichen als auch aus dem privaten Sektor gemeldet werden können. Das Gesetz über die Meldestelle für Hinweisgeber wurde von einem unabhängigen Forschungsunternehmen evaluiert.<sup>68</sup> Den Ergebnissen der Evaluierung zufolge kann der rechtliche Schutz der Hinweisgeber weiter ausgebaut werden. Infolgedessen werden die Rechtsvorschriften geändert.<sup>69</sup> Von der Behörde wird erwartet, dass sie Hinweisgebern Beratung anbietet und unabhängige Untersuchungen durchführt. Im Jahr 2020 schloss die Meldestelle für Hinweisgeber drei wichtige Untersuchungen ab und veröffentlichte Abschlussberichte zu diesen Untersuchungen. Darüber hinaus sind, wie von der OECD angemerkt, Meldemechanismen und Rahmenregelungen zum Schutz von Hinweisgebern in niederländischen Unternehmen und staatlichen Stellen zwar vorhanden, diese haben aber nicht zur Aufdeckung von Auslandsbestechung in den Niederlanden beigetragen.<sup>70</sup>

**Insbesondere zu Beginn der COVID-19-Pandemie kam es zu erheblichen Auswirkungen auf strafrechtliche Ermittlungen, was zu Verzögerungen führte.** Nach Angaben der Behörden waren bestimmte Tätigkeiten, wie etwa unangekündigte Durchsuchungen, Vernehmung von Verdächtigen und Zeugen oder Beobachtungen, mehrere Monate lang entweder nicht möglich oder mussten angepasst werden. Die Strafverfolgung wurde auch

---

<sup>64</sup> GRECO, Fünfte Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht, S. 2.

<sup>65</sup> GRECO, Fünfte Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht, S. 16.

<sup>66</sup> Beitrag des niederländischen Helsinki-Komitees zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>67</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden.

<sup>68</sup> Abschlussbericht über die Evaluierung des Gesetzes über die Meldestelle für Hinweisgeber.

<sup>69</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>70</sup> OECD (2021), Implementing the OECD Anti-Bribery Convention (Umsetzung des OECD-Übereinkommens zur Bekämpfung der Bestechung). Phase-4-Bericht Niederlande, S. 21.

dadurch beeinflusst, dass nur wenige Anhörungen vor Gericht organisiert wurden.<sup>71</sup> Darüber hinaus untersuchte der Steuerfahndungs- und Informationsdienst auch mehrere Betrugsfälle im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Dies hat zu mehreren Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Betrug (Schutzausrüstung, gefälschte Gesundheitszertifikate und Missbrauch staatlicher Subventionen) geführt.<sup>72</sup> Darüber hinaus berichteten die Behörden, dass der internationale Charakter der Ermittlungen von Auslandsbestechungsfällen aufgrund von COVID-19-Maßnahmen weiter eingeschränkt sein könnte.<sup>73</sup>

### **III. MEDIENPLURALISMUS UND MEDIENFREIHEIT**

Der Rechtsrahmen für Medienpluralismus beruht auf einer Reihe verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Rechtsgarantien. Das Recht auf Information ist in der Verfassung verankert. Die niederländische Medienbehörde ist die unabhängige Regulierungsstelle für audiovisuelle Mediendienste, die die Umsetzung des Mediengesetzes überwacht. Journalismus wurde im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie unter den wesentlichen Berufen aufgeführt.<sup>74</sup> Das Land genießt nach wie vor ein hohes Maß an Medienfreiheit und Schutz von Journalisten.<sup>75</sup>

**Der Umfang der Aufsichtstätigkeit der Regulierungsstelle wurde nach der Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste erweitert.** Die der Behörde zur Verfügung stehenden Mittel scheinen weiterhin angemessen zu sein, damit diese ihr Mandat wirksam erfüllen kann.<sup>76</sup> Darüber hinaus werden die Bedingungen für die Ernennung der Mitglieder der Kollegien derzeit geändert<sup>77</sup>, um die Garantien für die Unabhängigkeit zu stärken.<sup>78</sup>

**Mehrere Selbstregulierungsgremien gewährleisten die Anwendung journalistischer Standards.** Neben dem Journalistenrat<sup>79</sup>, der als Einrichtung der Selbstregulierung dient und befugt ist, Stellungnahmen zu Beschwerden über journalistische Praktiken abzugeben, bewerten eine Ombudsstelle für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und mehrere Ombudsstellen für nationale und regionale Zeitungen journalistische Praktiken und untersuchen Beschwerden.<sup>80</sup>

**Es wurden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich und der Medienkonzentration ermittelt.** Es gibt laut dem Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021<sup>81</sup>, in dem dieser Bereich mit einem mittleren Risiko ausgewiesen wird, nur begrenzte Vorschriften für die

---

<sup>71</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>72</sup> Siehe: Jaarbericht FIOD 2020, Opsporend Nederland samen sterk in de fraudebestrijding.

<sup>73</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>74</sup> Commissariaat voor de Media (2020), Medienmonitor 2020, S. 6.

<sup>75</sup> Die Niederlande stehen weltweit an 6. Stelle auf der jährlichen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen und auf Platz 4 in der EU. In den letzten Jahren hat sich die Lage leicht verschlechtert, wobei die Niederlande seit 2016 vier Plätze verloren haben.

<sup>76</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>77</sup> Änderung des Mediengesetzes von 2008 (Wijziging van de Mediawet 2008).

<sup>78</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden.

<sup>79</sup> Wie im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020 erwähnt.

<sup>80</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>81</sup> Bericht des Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021 über die Niederlande, S. 10.

Offenlegung der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich. Informationen über Eigentümerstrukturen, die nicht unbedingt die wirtschaftlichen Eigentümer umfassen<sup>82</sup>, werden der Öffentlichkeit über den von der Medienbehörde veröffentlichten Medienmonitor zur Verfügung gestellt. Laut dem Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021 zeichnet sich der Nachrichtenmediensektor durch eine hohe Marktkonzentration aus.<sup>83</sup>

**Die Regierung hat sich für eine Unterstützung der Medien während der Pandemie eingesetzt.** Während der COVID-19-Pandemie gingen die Werbeeinnahmen trotz des Anstiegs der Nachfrage nach Nachrichten zurück, wovon insbesondere die lokalen Medien betroffen sind.<sup>84</sup> Der Journalismus wurde weiterhin von der Regierung durch zweckgebundene Mittel unterstützt<sup>85</sup>, und zusätzlich wurde ein befristeter Fonds für die von der COVID-19-Pandemie betroffenen lokalen Medien eingerichtet.<sup>86</sup> Journalisten wurden von dem COVID-19-Reiseverbot ausgenommen, damit sie weiterhin Ereignisse verfolgen und aus erster Hand berichten konnten.

**Gesetzentwürfe zielen darauf ab, den Zugang zu Informationen zu verbessern.** Laut dem Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus, in dem das Recht auf Zugang zu Informationen mit mittlerem Risiko bewertet wird, wurde bei zwei Dritteln der Anträge auf Zugang zu Informationen, die im Jahr 2020 gestellt wurden<sup>87</sup>, über Verzögerungen und unvollständige Antworten berichtet. Dieses Problem wurde auch von den Interessenträgern bestätigt.<sup>88</sup> Der Rechtsrahmen wird derzeit überarbeitet, um die Transparenz der Regierung zu verbessern und den Zugang zu öffentlichen Informationen zu verbessern.<sup>89</sup> Die Interessenträger begrüßen die Änderungen im Allgemeinen, weisen aber auch auf weitere Bereiche hin, in denen Verbesserungen möglich sind.<sup>90</sup> Eine der begrüßten Änderungen betrifft die Einrichtung eines unabhängigen Beratungsausschusses<sup>91</sup>, der die Vermittlung zwischen Journalisten und Behörden im Falle von Beschwerden sicherstellen würde.<sup>92</sup>

**Es wurde eine Zunahme von Drohungen und Gewalt gegen Journalisten gemeldet.** Laut dem Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021 „identifizierte der niederländische nationale Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit 2020

---

<sup>82</sup> Ebd., S. 10.

<sup>83</sup> Laut dem Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021, Länderbericht für die Niederlande, S. 10, gehören 90 % des Zeitungsmarktes zwei Akteuren; außerdem entfällt auf die ersten drei Fernsehanbieter ein Marktanteil von 74 %, während die ersten drei Anbieter auf dem Hörfunkmarkt einen Marktanteil von 73 % haben.

<sup>84</sup> Commissariaat voor de Media (2020), Medienmonitor 2020, S. 35-36; siehe hierzu auch den Bericht des Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021 über die Niederlande, S. 10.

<sup>85</sup> Der niederländische Förderfonds für Journalisten (Stimuleringsfonds voor de Journalistiek); Niederländischer Fonds für gründlichen Journalismus (Fonds Bijzondere Journalistieke Projecten).

<sup>86</sup> Beleidsregel van het Stimuleringsfonds voor de Journalistiek van 1 maart 2021 (Leitlinien für den Förderfonds für Journalisten vom 1. März 2021).

<sup>87</sup> Media Pluralism Monitor 2021 (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021), Länderbericht über die Niederlande, S. 8.

<sup>88</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>89</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

<sup>90</sup> NVJ (2021), Belangenorganisaties roepen Eerste Kamer op de nieuwe Woo te steunen (Interessenträger fordern die Erste Kammer auf, das neue Gesetz über die offene Verwaltung zu unterstützen).

<sup>91</sup> Villamedia (2021), Belangenorganisaties aan Eerste Kamer: red minstens deze punten in nieuwe Woo (Interessenträger an Erste Kammer: Retten Sie mindestens diese Punkte im neuen Gesetz über die offene Verwaltung).

<sup>92</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

erstmalig Journalisten als Ziel ernster Bedrohungen und Aggressionen“.<sup>93</sup> Die Plattform des Europarates zum Schutz des Journalismus und zur Förderung der Sicherheit von Journalisten veröffentlichte fünf neueste Warnmeldungen. Die neuesten betreffen die Ermordung des Investigativjournalisten Peter R. de Vries<sup>94</sup> und die Absetzung einer Fernsehsendung aufgrund einer ernsthaften Bedrohung der Redaktion; andere betreffen einen Angriff auf einen Fotografen, Angriffe auf die körperliche Sicherheit und Unversehrtheit von Journalisten in mehreren Teilen des Landes sowie Belästigung und Einschüchterung im Internet<sup>95</sup>. Weitere Angriffe und Einschüchterungen wurden auf der Plattform „Mapping Media Freedom“ gemeldet.<sup>96</sup> Dies wurde auch von den Interessenträgern während des Länderbesuchs bestätigt. Darüber hinaus wurden Bedenken hinsichtlich des Schutzes von Quellen in Bezug auf die Nachrichtendienste geäußert<sup>97</sup>, doch die niederländischen Behörden stellten klar, dass eine gerichtliche Genehmigung für die Nutzung von Ermittlungsbefugnissen nötig ist, wenn eine solche Nutzung dazu führen könnte, dass Daten über journalistische Quellen beschafft werden.<sup>98</sup>

### **Die Niederlande festigen ihren Rahmen für den Schutz von Journalisten weiter.<sup>99</sup>**

„PersVeilig“, das Projekt zur Verringerung von Drohungen, Gewalt und Aggression gegen Journalisten, das zwischen der Staatsanwaltschaft, der Polizei, der Gesellschaft der Chefredakteure und dem Journalistenverband geschlossen wurde, wird zunehmend von Journalisten genutzt.<sup>100</sup> Das Projekt sieht Maßnahmen wie eine höhere Priorisierung von Fällen von Gewalt gegen Journalisten durch Polizei und Staatsanwaltschaft sowie Präventivmaßnahmen gegen Aggression und Gewalt vor. Im Jahr 2021 wurde das Protokoll (eine Reihe von Vereinbarungen betreffend die Ermittlung und Verfolgung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft im Falle von Aggression gegen Journalisten) überarbeitet und mehrere Verbesserungen vorgeschlagen. Dazu gehören die Verbesserung der Bearbeitung von Beschwerden von Journalisten durch Polizei und Staatsanwaltschaft, eine bessere Bereitstellung von Informationen über den Umfang und die Befugnisse von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Sensibilisierung von Journalisten für die Art und Weise, wie das Protokoll helfen kann, sowie die Verbesserung der Kommunikation zwischen Journalisten

---

<sup>93</sup> Media Pluralism Monitor 2021 (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021), Länderbericht über die Niederlande, S. 9.

<sup>94</sup> Der Fall wird derzeit untersucht.

<sup>95</sup> Plattform des Europarats zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten – Niederlande (siehe hierzu auch die auf der Plattform des Europarats veröffentlichte Antwort der niederländischen Behörden, in welcher insbesondere auf die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, dem niederländischen Journalistenverband und der niederländischen Gesellschaft der Chefredakteure hingewiesen wird, um die Koordinierung und Kommunikation im Hinblick auf die Bewältigung solcher Probleme zu verbessern). Die Zunahme von Drohungen und Gewalt gegen Journalisten wird auch im Beitrag des niederländischen Helsinki-Komitees zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 angesprochen.

<sup>96</sup> Mapping Media Freedom – Niederlande.

<sup>97</sup> Die Plattform des Europarats für den Schutz des Journalismus und für die Förderung der Sicherheit von Journalisten hat eine Warnmeldung zum Gesetz über die nationalen Nachrichten- und Sicherheitsdienste (Wiv) vom Juli 2017 veröffentlicht, in der auf Berichte öffentlicher Stellen hingewiesen wird, die die niederländischen Nachrichtendienste beaufsichtigen, wonach „Informationen über Journalisten und/oder deren Quellen in die Hände von Einrichtungen innerhalb der Nachrichtendienste gelangt sind, die keinen Zugang zu solchen Informationen haben dürfen“.

<sup>98</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021; siehe auch die Bewertung des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2020 durch die niederländische Regierung.

<sup>99</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 12.

<sup>100</sup> Beitrag des niederländischen Helsinki-Komitees zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

und Polizei und Staatsanwaltschaft. Weitere Verbesserungen zielen darauf ab, die Situation freiberuflicher Journalisten besser abzudecken.<sup>101</sup>

#### **IV. SONSTIGE INSTITUTIONELLE FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEWALTENTEILUNG**

Die Niederlande haben ein parlamentarisches Regierungssystem, in dem eine Vorabprüfung von Gesetzentwürfen auf ihre Verfassungsmäßigkeit vorgesehen ist. Das Parlament setzt sich aus der Ersten Kammer und der Zweiten Kammer zusammen. Gesetzesvorlagen können von der Regierung sowie von Mitgliedern des Zweiten Kammer eingebracht werden. Der Staatsrat erarbeitet Gutachten zu Gesetzentwürfen. Unabhängige Behörden und die Zivilgesellschaft spielen im System der Gewaltenteilung eine wichtige Rolle.

**Es finden ausführliche Debatten über das ordnungsgemäße Funktionieren der Gewaltenteilung statt.** Dies schließt sich an den Bericht des Parlaments über die Untersuchung der Kindergeldaffäre an, der im Januar 2021 zum Rücktritt der Regierung führte. Im Anschluss an frühere Berichte anderer Einrichtungen<sup>102</sup> legte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss am 17. Dezember 2020 seinen Bericht vor<sup>103</sup>, in dem er zu dem Schluss kam, dass die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit bei der Umsetzung des Kindergeldsystems nicht beachtet wurden. In dem Bericht wurde festgestellt, dass die Umsetzung eines Systems von Zuschüssen für die Kinderbetreuung dazu geführt hatte, dass eine große Zahl von Bürgern die erhaltenen Zuschüsse wegen mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten vollständig zurückzahlen musste.<sup>104</sup> In dem Bericht wurde festgestellt, dass der Gesetzgeber Gesetze erlassen habe, die keinen Raum für eine faire Auslegung in Einzelfällen ließen, dass die Exekutive eine große Zahl von Bürgern aufgrund ihres Schwerpunkts auf die Betrugsbekämpfung fälschlicherweise als Betrüger angesehen habe und dass die Verwaltungsjustiz diese Auslegung des Gesetzes bis Oktober 2019 bestätigt hatte. In dem Bericht wurden die Staatsgewalten dazu aufgefordert, darüber nachzudenken, wie solche Situationen künftig verhindert werden könnten. Im Bericht wurde ferner festgestellt, dass die Regierung das Parlament nicht ausreichend informiert hatte und dass es Hindernisse beim Zugang zu Informationen über die Tätigkeiten der Regierung gibt. In der Zwischenzeit hat die Zweite Kammer die Venedig-Kommission des Europarats um eine Stellungnahme zur Funktionsweise des Systems der Gewaltenteilung in der Angelegenheit und zu der Frage ersucht, ob zusätzliche Garantien im System der Verwaltungsjustiz erforderlich sind. Im Anschluss an den Bericht gewährten die Behörden den Opfern umgehend eine Entschädigung.<sup>105</sup> Im Rahmen einer umfassenden parlamentarischen Untersuchung<sup>106</sup> wird die Angelegenheit weiter untersucht, und für Sommer 2022 werden

---

<sup>101</sup> Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021; die Vorschläge zur Überprüfung und Verbesserung sind im Schreiben des Ministeriums für Justiz und Sicherheit an den Vorsitzenden der Zweiten Kammer ausführlich dargelegt, <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2021/03/31/tk-functioneren-protocol-persveilig>.

<sup>102</sup> Zwischen 2017 und 2020 durch die Ombudsstelle, den Beratenden Ausschuss für die Umsetzung von Zulagen und den nationalen Auditdienst.

<sup>103</sup> „Ongekend Onrecht“ (Unrecht ohnegleichen).

<sup>104</sup> In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass diese Praxis zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten für die Betroffenen geführt hat.

<sup>105</sup> Einschließlich der Übernahme privater Schulden der Opfer der Affäre durch die Regierung. Siehe Staatssekretär für Finanzen, Zulagen und Zölle, Sechste Aktualisierung des Kindergeldes und Antworten auf parlamentarische Anfragen, 25. Mai 2021.

<sup>106</sup> „Parlementaire enquête“, die parlamentarische Untersuchung, das weitreichendste Instrument des Parlaments zur Kontrolle des Regierungshandelns.

Anhörungen erwartet. Obschon die Lösung der Situation einige Zeit dauerte, veranschaulichen die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die Reaktionen der beteiligten institutionellen Akteure und die laufenden Debatten, wie das System der Gewaltenteilung funktioniert hat.<sup>107</sup>

**Der Staatsrat beteiligt sich auch an den Folgemaßnahmen zu den Debatten über das ordnungsgemäße Funktionieren des Systems der Gewaltenteilung, sowohl im Hinblick auf seine justizielle Rolle als auch auf den Gesetzgebungsprozess.** Angesichts des Berichts über die parlamentarische Untersuchung, der auch die Verwaltungsjustiz betrifft, kündigte die rechtsprechende Abteilung des Staatsrats ihre Absicht an, einen „Prozess der Selbstreflexion“ zu beginnen.<sup>108</sup> Dieser Prozess wird sich mit der Rolle des Staatsrats in der Kindergeldaffäre auseinandersetzen und sich auch auf andere Fälle erstrecken, in denen ein wirksamer Rechtsschutz verbessert werden könnte. Darüber hinaus richtete der Staatsrat ein Schreiben mit Empfehlungen zur Verbesserung des Gesetzgebungsverfahrens und der Qualität der Rechtsvorschriften an den Ministerpräsidenten.<sup>109</sup> Zu den Empfehlungen gehören die Entwicklung einer neuen Gesetzgebungspolitik, mehr Zeit und mehr Aufmerksamkeit für die Debatte über Rechtsvorschriften in beiden Kammern des Parlaments und die stärkere Einbeziehung der durchführenden Behörden in den Gesetzgebungsprozess. In seinem Bericht vom April 2020 über eine „Stärkung der Rechtsstaatlichkeit“ empfahl der Rat für öffentliche Verwaltung, der Qualität des Gesetzgebungsprozesses mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die Forschungs- und Unterstützungskapazitäten für die Mitglieder des Parlaments zu stärken.<sup>110</sup>

**Ein neues Gesetz über die offene Verwaltung wird derzeit im Parlament erörtert.** Am 26. Januar 2021 billigte die Zweite Kammer das neue Gesetz über offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln<sup>111</sup>, mit dem mehr Transparenz in Bezug auf das Handeln der Regierung geschaffen werden soll und das derzeit bei der Ersten Kammer liegt. Die Debatte über das neue Gesetz wurde durch die Kindergeldaffäre beschleunigt, die Kritik in Bezug auf mangelnde Transparenz auslöste.<sup>112</sup> Das neue Gesetz würde das derzeitige Gesetz über die Verwaltungstransparenz<sup>113</sup> ersetzen und im Gegensatz zum derzeitigen System der Veröffentlichung auf Anfrage die aktive Veröffentlichung von Regierungsinformationen vorschreiben. Mit dem neuen Gesetz soll auch ein ständiger unabhängiger beratender Ausschuss für offene Regierungsführung und Informationsverwaltung eingerichtet werden.<sup>114</sup> Während die Annahme dieser neuen Rechtsvorschriften den Zugang zu Informationen der

---

<sup>107</sup> In Anbetracht der Tatsache, dass der Bericht der Ombudsstelle bereits im August 2017 veröffentlicht wurde. Siehe Nationale Ombudsman (nationale Ombudsstelle, Bericht vom 9 August 2017: „Geen powerplay maar fair play“ (Kein Powerplay, sondern Fairplay).

<sup>108</sup> Staatsrat, Programma van reflectie van de Afdeling bestuursrechtspraak (Reflexionsprogramm der Abteilung Verwaltungsrechtsprechung).

<sup>109</sup> Staatsrat, Aanbevelingen ter bevordering van de wetgevingskwaliteit, 19 April 2021, (Empfehlungen zur Förderung der Qualität der Gesetzgebung, 19. April 2021).

<sup>110</sup> Raad voor Openbaar Bestuur, Een Sterkere Rechtsstaat, April 2020 (Rat für öffentliche Verwaltung, Ein stärkerer Rechtsstaat, April 2020).

<sup>111</sup> Wet open overheid (Gesetz über die offene Verwaltung).

<sup>112</sup> Der parlamentarische Untersuchungsausschuss stellte ferner fest, dass die Regierung das Parlament nicht ausreichend informiert hat und dass es Hindernisse für den Zugang zu Informationen über die Tätigkeiten der Regierung gibt.

<sup>113</sup> Wet openbaarheid van bestuur (Gesetz über die Zugänglichkeit der Verwaltung). Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden.

<sup>114</sup> Dieser Ausschuss wäre dafür zuständig, Beschwerden von Journalisten über den Zugang zu Informationen entgegenzunehmen und in Streitfällen mit staatlichen Stellen zu vermitteln.

Regierung weiter erleichtern würde, berichten die Interessenträger, dass über die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen hinaus die Aktualität und Vollständigkeit der Antworten auf Informationsanfragen weiterer Verbesserungen bedürfen.<sup>115</sup>

**Ein befristetes Gesetz über COVID-19-Maßnahmen wurde verabschiedet, um eine solidere Rechtsgrundlage für COVID-19-Einschränkungen zu schaffen.** In der ersten Phase der COVID-19-Pandemie wurden im Rahmen des bereits bestehenden Gesetzes über die öffentliche Gesundheit und des Gesetzes über Sicherheitsregionen Maßnahmen durch Dringlichkeitsanordnungen erlassen, während den Regionen und Gemeinden ein großer Spielraum zugestanden wurde, um eigene Maßnahmen zu verabschieden. Das Parlament setzte seine Arbeit mit schriftlichen oder digitalen Mitteln fort und es fanden weiterhin Debatten statt, wenn auch seltener. Im Mai 2020 teilte der Staatsrat mit, dass für die Verlängerung der Krisensituation eine solidere Rechtsgrundlage erforderlich sei.<sup>116</sup> Gemäß dem seit dem 1. Dezember 2020 geltenden befristeten Gesetz über COVID-19-Maßnahmen werden dem Parlament eine Woche vor Inkrafttreten geplante COVID-19-Maßnahmen vorgelegt<sup>117</sup>; in dieser Zeit kann die Zweite Kammer beschließen, die Maßnahme abzulehnen. Das Gesetz tritt automatisch am 1. September 2021 außer Kraft, es sei denn, die Regierung beschließt, es zu verlängern.<sup>118</sup> Der Beschlusssentwurf zur Verlängerung des befristeten Gesetzes wird vor dem Inkrafttreten dem Parlament vorgelegt, das beschließen kann, die Verlängerung abzulehnen.

**Prominente COVID-19-Maßnahmen wurden von Gericht kassiert, bevor sie im Rechtsmittelverfahren bestätigt wurden.** Am 16. Februar 2021 stellte das Bezirksgericht Den Haag fest, dass die nationale Ausgangssperre wegen fehlender Rechtsgrundlage rechtswidrig sei. Am selben Tag erließ das Berufungsgericht Den Haag vorläufige Maßnahmen, mit denen die Ausgangssperre bis zur endgültigen Entscheidung des Berufungsgerichts gestattet wurde. Nachdem das Parlament am 19. Februar 2021 ein Notgesetz zur Einführung einer neuen Ausgangssperre verabschiedet hatte, entschied das Berufungsgericht am 26. Februar 2021, dass die ursprüngliche Ausgangssperre auf einer korrekten Rechtsgrundlage erlassen worden war.

**Unabhängige Institutionen spielen nach wie vor eine wichtige Rolle im System der Gewaltenteilung.**<sup>119</sup> Die Institution der Ombudsstelle<sup>120</sup> erfüllt weiterhin eine wichtige Rolle im System der Gewaltenteilung, indem sie nicht bindende Stellungnahmen zu Regierungsmaßnahmen abgibt und Beschwerden von Bürgern prüft, aber auch, indem sie Berichte von sich aus initiiert. Wenn die Ombudsstelle Empfehlungen ausspricht, muss die Regierung reagieren und Gründe nennen, wenn sie beschließt, den Empfehlungen nicht Folge zu leisten. Obwohl die Ombudsstelle bei der allgemeinen Ausübung ihres Mandats nicht mit

---

<sup>115</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>116</sup> Gutachten W04.20.0139/I/Vo des Staatsrats vom 25. Mai 2020; siehe auch Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 14.

<sup>117</sup> Das Gesetz sieht eine Ausnahme vor, wenn die öffentliche Gesundheit akut gefährdet ist; in diesem Fall können Maßnahmen unmittelbar in Kraft treten.

<sup>118</sup> Die Regierung kann beschließen, die Anwendung des Gesetzes angesichts einer „anhaltenden unmittelbaren Gefahr einer Epidemie“ zu verlängern.

<sup>119</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 14.

<sup>120</sup> Die nationale Ombudsstelle „Nationale Ombudsman“ ist ein hochrangiges staatliches Gremium, das in der Verfassung verankert und unabhängig ist.

erheblichen Hindernissen konfrontiert ist<sup>121</sup>, hat sie kritisiert, dass die Regierung den Empfehlungen aus ihrem Bericht von 2017 über die „Kindergeldaffäre“ (siehe unten) nicht nachgekommen ist.<sup>122</sup> Die Ombudsstelle hat ein Projekt zur Gewährleistung wirksamer Folgemaßnahmen zu ihren Empfehlungen initiiert, das zu einem strukturellen Ansatz für die Überwachung der Umsetzung ihrer Empfehlungen geführt hat.<sup>123</sup> Darüber hinaus wurde das niederländische Institut für Menschenrechte im Dezember 2020 von der Globalen Allianz der Nationalen Menschenrechtsinstitutionen (Global Alliance of National Human Rights Institutions, GANHRI) erneut mit dem A-Status akkreditiert.<sup>124</sup> Die GANHRI empfahl dem Institut unter anderem, sich weiterhin für die notwendigen Finanzmittel einzusetzen, damit es ein breiteres Spektrum von Prioritäten, einschließlich der Rechte von Migranten und der LGBTI-Community, angehen kann.<sup>125</sup>

**Das Umfeld für die Zivilgesellschaft ist nach wie vor offen<sup>126</sup>, auch wenn Fragen im Zusammenhang mit neuen Gesetzentwürfen zur Transparenz aufgeworfen werden.** Während die Niederlande von einer offenen zivilgesellschaftlichen Landschaft geprägt sind<sup>127</sup>, haben die Interessenträger Bedenken in Bezug auf neue Gesetzentwürfe geäußert, die darauf abzielen, unerwünschte ausländische Einflussnahme durch eine verstärkte Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen, die von außerhalb der EU/des EWR finanziert werden, zu verhindern. In seinem Gutachten vom 28. August 2020 betonte der Staatsrat, wie wichtig es sei, dass solche Rechtsvorschriften verhältnismäßig seien, und wies auch auf die große Zahl von Organisationen hin, von denen möglicherweise nach dem Gesetz Informationen angefordert werden könnten.<sup>128</sup> Die Interessenträger äußerten auch Bedenken in Bezug auf einen Gesetzentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuchs, der die Möglichkeiten zum Verbot sogenannter „radikaler Organisationen“ erweitern würde. Mit dem Gesetzentwurf würde die Beweislast der Staatsanwaltschaft für die Aufforderung des Richters, solche Organisationen zu verbieten und aufzulösen, verringert.<sup>129</sup>

---

<sup>121</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden vom nationalen Ombudsman erhaltene Informationen.

<sup>122</sup> Nationale Ombudsman, Bericht vom 9. August 2017: „Geen powerplay maar fair play“ (Kein Powerplay, sondern Fairplay).

<sup>123</sup> Van de Bunt Adviseurs, Erforschung der Wirksamkeit von Untersuchungen in eigener Initiative der nationalen Ombudsstelle, 11. April 2017.

<sup>124</sup> GANHRI, Report and Recommendations of the Virtual Session of the Sub-Committee on Accreditation (SCA), (Bericht und Empfehlungen der virtuellen Sitzung des Unterausschusses für Akkreditierung), 7.-18. Dezember 2020.

<sup>125</sup> GANHRI, Report and recommendations of the Virtual Session of the Sub-Committee on Accreditation (SCA), (Bericht und Empfehlungen der virtuellen Sitzung des Unterausschusses für Akkreditierung), 7.-18. Dezember 2020, S. 25.

<sup>126</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 15.

<sup>127</sup> Siehe die Bewertung von CIVICUS; die Einstufung basiert auf einer fünfstufigen Skala: offen (open), beeinträchtigt (narrowed), beschränkt (obstructed), unterdrückt (repressed) und geschlossen (closed).

<sup>128</sup> Der Gesetzentwurf ist noch in der Zweiten Kammer anhängig. Nach der Stellungnahme des Staatsrats wurde der Gesetzentwurf überarbeitet und dem Parlament vorgelegt. Weitere Gesetzesänderungen, einschließlich bezüglich des Umfangs sowie der Herkunft der Finanzmittel, werden derzeit geprüft, siehe Justiz- und Sicherheitsministerium, Schreiben an das Parlament über die Bekämpfung unerwünschter ausländischer Finanzströme vom 8. Juni 2021.

<sup>129</sup> Der Gesetzentwurf wurde von der Zweiten Kammer und von der Ersten Kammer gebilligt und soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

**Fragen der Rechtsstaatlichkeit spielen nach wie vor eine herausragende Rolle in der öffentlichen Debatte.**<sup>130</sup> Im November 2020 stimmte eine große Mehrheit der Zweiten Kammer für einen Gesetzentwurf, der das Wissen über die Rechtsstaatlichkeit und deren Achtung als zentrale Aufgabe der Bildungsgremien und der von ihnen für die Schulbildung festgelegten Lehrpläne fördert. Der Gesetzentwurf liegt derzeit bei der Ersten Kammer. Darüber hinaus hat der Staatsrat, wie in seinem Jahresbericht 2019 angekündigt<sup>131</sup>, mit der Organisation von Gesprächen mit Parlamentsmitgliedern, Regierungsmitgliedern, Richtern, Wissenschaftlern, Beamten und Medienvertretern über Rechtsstaatlichkeit begonnen. In diesem Zusammenhang veröffentlichte der Rat auch eine ganze Reihe von Beiträgen zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit.<sup>132</sup> In Bezug auf die Empfehlung des Rats für öffentliche Verwaltung, die Regierung solle eine „politische Agenda für Rechtsstaatlichkeit“ ausarbeiten<sup>133</sup>, hat die Regierung noch keine Folgemaßnahmen ergriffen. Wie von den Interessenträgern angemerkt<sup>134</sup>, könnte diese Verzögerung darauf zurückzuführen sein, dass die Regierung in ihre Antwort auch die Erkenntnisse aus der Kindergeldaffäre aufnehmen möchte<sup>135</sup>, die die aktuellen politischen Diskussionen über die Rechtsstaatlichkeit beherrscht.

---

<sup>130</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden, S. 15.

<sup>131</sup> Staatsrat, Jahresbericht 2019.

<sup>132</sup> Staatsrat, In gesprek. Bijdragen aan de dialoog over de rechtsstaat (Im Gespräch: Beiträge zum Dialog über den Rechtsstaat).

<sup>133</sup> Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden.

<sup>134</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

<sup>135</sup> Im Rahmen des Länderbesuchs in den Niederlanden erhaltene Informationen.

## **Anhang I: Verzeichnis mit Quellenangaben (alphabetisch geordnet)\***

\* Die Liste der Beiträge, die im Rahmen der Konsultation für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 eingegangen sind, ist abrufbar unter <https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism/2021-rule-law-report-targeted-stakeholder-consultation>.

CIVICUS (2021), Monitor tracking civic space: the Netherlands (Überwachungsprogramm zur Beobachtung des zivilen Raums: Niederlande) (<https://monitor.civicus.org/country/netherlands/>).

Europäische Kommission (2016), EU-Justizbarometer.

Europäische Kommission (2017), EU-Justizbarometer.

Europäische Kommission (2018), EU-Justizbarometer.

Europäische Kommission (2019), EU-Justizbarometer.

Europäische Kommission (2020), Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Niederlanden.

Europäische Kommission (2020), EU-Justizbarometer.

Europäische Kommission (2021), EU-Justizbarometer.

Europarat, Plattform des Europarats zum Schutz des Journalismus und zur Förderung der Sicherheit von Journalisten – Niederlande (<https://www.coe.int/en/web/media-freedom/netherlands>).

Europarat (2010), Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zur Unabhängigkeit, Effizienz und Verantwortung von Richtern.

Europol (2020), Dismantling of an Encrypted Network sends Shockwaves through Organised Crime Groups across Europe (Zerschlagung eines verschlüsselten Netzwerks erschüttert Gruppen der organisierten Kriminalität in ganz Europa) (<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/dismantling-of-encrypted-network-sends-shockwaves-through-organised-crime-groups-across-europe>).

GANHRI (2020), Report and recommendations of the Virtual Session of the Sub-Committee on Accreditation (SCA) (Bericht und Empfehlungen der virtuellen Sitzung des Unterausschusses für Akkreditierung) 7.-18. Dezember 2020.

GRECO (2018), Fünfte Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht über die Niederlande zur Korruptionsprävention und Förderung der Integrität in Zentralregierungen (oberste Exekutivfunktionen) und Strafverfolgungsbehörden.

Mapping Media Freedom – Niederlande (<https://www.mappingmediafreedom.org/country-profiles/netherlands/>).

Meldestelle für Hinweisgeber (2020), Abschlussbericht über die Evaluierung des Gesetzes über die Meldestelle für Hinweisgeber (<https://www.huisvoorklokkenluiders.nl/actueel/nieuws/2020/07/15/eindrapport-evaluatie-wet-huis-voor-klokkenluiders>).

Minister für Rechtsschutz Sander Dekker (2021), Antwort auf Fragen des Mitglieds der Zweiten Kammer Nispen vom 17. Februar 2021.

Ministerium für Inneres und Angelegenheiten des Königreichs (2021), Leitlinien zur Integrität politischer Amtsträger in Gemeinden, Provinzen und Wasserbehörden (<https://www.politiekeambtsdraggers.nl/publicaties/brochures/2021/03/30/handreiking-integriteit>).

Ministerium für Justiz und Sicherheit (2021), Schreiben an das Parlament über die Funktionsweise des Pressesicherheitsprotokolls (Kamerbrief over functioneren protocol Persveilig), 31. März 2021 (<https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2021/03/31/tk-functioneren-protocol-persveilig>).

Ministerium für Justiz und Sicherheit (2021), Schreiben an das Parlament zur Bekämpfung unerwünschter ausländischer Finanzströme (Kamerbrief over aanpak ongewenste buitenlandse geldstromen), 8. Juni 2021 (<https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2021/06/08/tk-aanpak-ongewenste-buitenlandse-geldstromen>).

Nationale Ombudsstelle (2017), Kein Powerplay, sondern Fairplay.

Nationale Ombudsstelle (2020), Behoorlijke informatieverstrekking is de basis van toegang tot recht. Knelpunten in de informatieverstrekking rondom strafbeschikkingen en sepotbeslissingen, 25 mei 2020 (Ordnungsgemäße Bereitstellung von Informationen ist Grundlage für den Zugang zur Justiz – Engpässe bei der Bereitstellung von Informationen über Strafen und Verfahrenseinstellungen).

Nationale Polizei (2020), Neue Ermittlungsgruppe für Korruptionsermittlungen: Encrochat (<https://www.politie.nl/nieuws/2020/september/16/nieuw-rechercheteam-voor-corruptieonderzoeken-encrochat.html>).

Niederländische Medienbehörde (2020), Media Monitor 2020 (Medienmonitor 2020) (<https://www.mediamonitor.nl/wp-content/uploads/Mediamonitor-2020.pdf>).

Niederländisches Helsinki-Komitee (2021): Beitrag des niederländischen Helsinki-Komitees zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

NVJ (2021), Belangenorganisaties roepen Eerste Kamer op de nieuwe Woo te steunen (Interessenträger fordern die Erste Kammer auf, das neue Gesetz über die offene Verwaltung zu unterstützen) (<https://www.nvj.nl/nieuws/belangenorganisaties-roepen-eerste-kamer-nieuwe-woo-te-steunen>).

OECD (2021), Implementing the OECD Anti-Bribery Convention (Umsetzung des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung). Phase-4-Überwachungsbericht: Niederlande (<https://www.oecd.org/corruption/anti-bribery/netherlands-phase-4-report-en.pdf>).

Rat für öffentliche Verwaltung (2020), Een sterkere Rechtsstaat (Ein stärkerer Rechtsstaat).

Regierung der Niederlande (2020), Bewertung des Berichts der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2020 durch die Regierung der Niederlande (<https://www.government.nl/documents/parliamentary-documents/2020/12/08/dutch-government-assessment-ec-2020-rule-of-law-report>).

Regierung der Niederlande (2020), Schreiben an das Parlament zur Bewertung von Integritätsuntersuchungen bei der nationalen Polizei ([Kamerbrief over evaluatie integriteitsonderzoeken politie | Kamerstuk | Rijksoverheid.nl](https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2020/12/08/kamerbrief-over-evaluatie-integriteitsonderzoeken-politie)).

Regierung der Niederlande (2021), Beitrag der Niederlande zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

Reporter ohne Grenzen – Niederlande (<https://rsf.org/en/netherlands>).

Richterverband (2021), Dossier: Nieuwe procedure bestuursbenoemingen rechtspraak (Neues Verfahren für die Ernennung von leitenden Funktionen im Justizwesen) (<https://nvvr.org/nieuws/2021/dossier-nieuwe-procedure-bestuursbenoemingen-rechtspraak>).

Staatsrat (2020), Gutachten W04.20.0139/I/Vo.

Staatsrat (2020), Jahresbericht 2019.

Staatsrat (2021), Aanbevelingen ter bevordering van de wetgevingskwaliteit (Empfehlungen zur Förderung der Qualität der Gesetzgebung).

Staatsrat (2021), In gesprek. Bijdragen aan de dialog over de rechtsstaat (Im Gespräch. Beiträge zum Dialog über den Rechtsstaat).

Staatsrat (2021), Programma van reflectie van de Afdeling bestuursrechtspraak (Reflexionsprogramm der Abteilung Verwaltungsrechtsprechung) (<https://www.raadvanstate.nl/kinderopvangtoeslag/programma-reflectie/>).

Villamedia (2021), Belangenorganisaties aan Eerste Kamer: Red minstens deze punten in nieuwe Woo (Interessenträger an Erste Kammer: Retten Sie mindestens diese Punkte im neuen Gesetz über die offene Verwaltung) (<https://www.villamedia.nl/artikel/belangenorganisaties-aan-eerste-kamer-red-minstens-deze-punten-in-nieuwe-woo>).

Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit (2021), Media Pluralism Monitor 2021 (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021) – Länderbericht Niederlande.

## **Anhang II: Länderbesuch in den Niederlanden**

Im April und Mai 2021 fanden virtuelle Treffen zwischen den Dienststellen der Kommission und folgenden Stellen statt:

- Ausschuss für Justiz und Sicherheit der Zweiten Kammer
- Fiscale Inlichtingen- en Opsporingsdienst
- Huis voor Klokkenluiders
- Instituut voor Informatierecht
- Interne Ermittlungsabteilung der nationalen Polizei
- Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft
- Ministerium für Inneres und Angelegenheiten des Königreichs
- Ministerium für Justiz und Sicherheit
- Nationale Ombudsstelle
- Nationale Polizei
- Nederlands Juristencomite voor de Mensenrechten
- Nederlandse Orde van Advocaten
- Nederlandse Vereniging voor Journalisten
- Nederlandse Vereniging voor Rechtspraak
- Niederländisches Helsinki-Komitee
- Raad voor de Rechtspraak
- Raad voor het Openbaar Bestuur
- Staatsanwaltschaft

\*Darüber hinaus fand eine Reihe horizontaler Treffen der Kommission mit den folgenden Organisationen statt:

- Amnesty International
- Center for Reproductive Rights
- CIVICUS
- Civil Liberties Union for Europe
- Civil Society Europe
- EuroCommerce
- Europäische Journalisten-Föderation
- Europäisches Bürgerforum
- Europäisches Jugendforum
- Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF)
- European Center for Not-for-Profit Law
- European Partnership for Democracy
- Front Line Defenders
- Human Rights House Foundation
- Human Rights Watch
- ILGA-Europa
- International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN)
- Internationale Föderation für Menschenrechte
- Internationale Juristenkommission (International Commission of Jurists, ICJ)
- Internationales Presseinstitut
- Konferenz Europäischer Kirchen
- Niederländisches Helsinki-Komitee
- Open Society European Policy Institute

- Philanthropy Advocacy
- Protection International
- Reporter ohne Grenzen
- Transparency International EU